

Die Repräsentation von Frauen in der Politik Lateinamerikas

Leslie Schwindt-Bayer

Gegenwärtig stehen drei Frauen als Präsidentinnen an der Spitze lateinamerikanischer Staaten: Cristina Fernández de Kirchner in Argentinien (2011 wiedergewählt), Laura Chinchilla in Costa Rica (seit 2010) und Dilma Rousseff in Brasilien (seit 2011).

Analyse

Frauen gewinnen in der Politik in Lateinamerika immer mehr Präsenz. Neben den genannten wurden in der jüngeren Vergangenheit noch drei weitere Frauen ins Präsidentenamt gewählt: Violeta Barrios de Chamorro in Nicaragua (1990-1997), Mireya Moscoso de Arias in Panama (1999-2004) und Michelle Bachelet in Chile (2006-2010). Zahlreiche andere Frauen kandidierten chancenreich. In den Parlamenten konnten Frauen dank Geschlechterquoten innerhalb sehr kurzer Zeit viele Mandate erringen. Dennoch sind Frauen von der Ausübung realer politischer Macht noch weit entfernt.

- Innerhalb lateinamerikanischer Parlamente arbeiten Frauen vor allem daran, frauenpolitische Themen zu vertreten.
- Trotz stärkerer Präsenz wird die substanzielle Repräsentation von Frauen in Lateinamerika durch ein parlamentarisches Umfeld behindert, das für Frauen den Zugang zu wirklicher politischer Macht blockiert. Weibliche Abgeordnete sind nur selten in Führungspositionen in legislativen Kammern und ebenso wenig im Vorstand von mächtigen und traditionell als der „männlichen“ Domäne zugeordneten Ausschüssen zu finden.
- In der lateinamerikanischen Gesellschaft nehmen Frauen und Männer sowohl die Wahlgesetze zur Förderung von Frauen als auch die Präsenz von Frauen in Parlamenten und das Durchsetzen frauenpolitischer Anliegen als positiv wahr. Die Repräsentation von Frauen führt zudem zu einer größeren Akzeptanz der repräsentativen Demokratie.
- Zwischen den einzelnen Ländern in Lateinamerika gibt es bezüglich des Frauenanteils in der Politik große Unterschiede. Allerdings ist in allen lateinamerikanischen Demokratien zumindest ein geringer Anstieg der Anzahl weiblicher Abgeordneter zu verzeichnen, und viele Länder haben den Frauenanteil in ihren Parlamenten substanziell verbessert.

Schlagwörter: Frauen, Lateinamerika, Parlamente, Wahlgesetze

Wachsende Beteiligung von Frauen in der Politik Lateinamerikas

Im Zuge der lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse haben Frauen in beispielloser Weise Zugang zu politischen Ämtern erhalten. Sechs Frauen wurden ins Präsidentenamt gewählt. Auch die Zahl der Ministerinnen ist gestiegen: Waren es 1990 nur neun Prozent, so lag der Anteil der weiblichen Kabinettsmitglieder im Jahr 2006 bei durchschnittlich 17 Prozent (Htun 2000; UNDP 2008). Inzwischen leiten Frauen auch prestigereiche Ministerien wie das Verteidigungs-, Wirtschafts-, Finanz-, Landwirtschafts- oder das Außenministerium (Escobar-Lemmon und Taylor-Robinson 2005).

Auch in den Parlamenten hat die Zahl der Frauen zugenommen. Seit 1985 ist der Anteil weiblicher Abgeordneter im regionalen Durchschnitt von acht Prozent (IPU 1995) auf 22 Prozent gestiegen (IPU 2011). Einige Staaten konnten einen besonders starken Anstieg der Repräsentation von Frauen in ihren Parlamenten verzeichnen: In Argentinien beispielsweise waren nach der ersten demokratischen Wahl 1983 nur vier Prozent der Parlamentsabgeordneten weiblich. 2008 war der Frauenanteil mit 40 Prozent zehnmal so hoch. In Costa Rica, einer der ältesten Demokratien Lateinamerikas, waren in der Legislaturperiode von 1974 bis 1978 nur drei der Abgeordneten (fünf Prozent) weiblich; nach der Wahl 2006 betrug der Anteil weiblicher Abgeordneter bereits 37 Prozent.

In anderen Ländern wiederum waren Frauen bei der Mandatsgewinnung weniger erfolgreich. Der Frauenanteil im kolumbianischen Parlament stieg lediglich von fünf Prozent im Jahr 1974 auf 13 Prozent im Jahr 2002, im Senat von einem Prozent in der Legislaturperiode 1974 bis 1978 auf zwölf Prozent in der Periode von 2006 bis 2010.

Die wachsende Anzahl von Frauen in der Politik und die kontinuierlich großen Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten werfen einige wichtige Fragen zur Repräsentation von Frauen in der Politik Lateinamerikas auf (vgl. auch Schwindt-Bayer 2010):

- Wie und warum wurde der Zugang zur Politik in Lateinamerika für Frauen erleichtert?
- Welchen Einfluss hat ein erhöhter Frauenanteil auf die Politik?
- Weshalb variiert dieser Zugang zwischen den Ländern so stark?

- Welche Konsequenzen der Repräsentation von Frauen in der Politik ergeben sich für die repräsentative Demokratie?

Offensichtlich haben institutionelle Mechanismen wie Geschlechterquote und proportionale Wahlgesetze den Einfluss von Frauen auf die Parlamente und die Gesetzgebung in Lateinamerika erweitert. Bekommen Frauen auf diese Art einen „Fuß in die Tür“ der Politik, wirkt sich das positiv auf die Bewertung der Bürgerinnen und Bürger auf die meist noch fragile Demokratie aus. Dennoch sind Frauen innerhalb der Legislative nach wie vor weit von einer Gleichstellung mit Männern entfernt, da sie nur selten wirkliche politische Macht ausüben. Insofern bleibt die Gleichstellung von Frauen unvollständig.

Warum werden Frauen gewählt?

Obwohl es zahlreiche Untersuchungen darüber gibt, warum die Anzahl weiblicher Abgeordneter je nach Staat variiert, beziehen sich die wenigsten von ihnen auf Lateinamerika. Einzig eine regionale Analyse der legislativen Repräsentation von Frauen in 18 Demokratien Lateinamerikas seit den 1970er Jahren bietet hierzu Aufschluss (siehe Jones 2009). Den größten Einfluss auf den Anstieg der Repräsentation von Frauen in den 2000er Jahren hatte die Wahlrechtsgesetzgebung. Zwei gesetzliche Grundlagen sind dabei von besonderer Bedeutung: Die erste beinhaltet die Proportionalität des Wahlrechts, die Größe der Wahlkreise und die Anzahl der dort zu wählenden Abgeordneten. Können Parteien mehrere Abgeordnete ins Parlament entsenden, führt das dazu, dass mehr Frauen gewählt werden. Offensichtlich bieten größere Distrikte einen Anreiz für politische Parteien, auf die Geschlechterbalance zu achten: Die Parteien können *sowohl* Frauen *als auch* Männer als Kandidaten aufstellen, anstatt sich entscheiden zu müssen.

Die zweite Regelung, die die Wahl von Frauen beeinflusst, betrifft die Geschlechterquote. Argentinien war 1991 weltweit das erste Land, das eine entsprechende Quote einführt. Mittlerweile haben zwölf weitere lateinamerikanische Staaten ähnliche Gesetze verabschiedet (vgl. Tabelle 1). Sie verlangen, dass politische Parteien sicherstellen, dass in jedem Distrikt ein gewisser Prozentsatz ihrer Kandidaten weiblich ist. Diese Geschlechterquoten haben maßgeblich dazu beigetragen, dass mehr

Frauen in die Parlamente gewählt wurden. Außerdem wirken sich starke Geschlechterquoten, das heißt solche, die einen großen Anteil von und spezifische Plätze für Frauen auf den Listen einfordern sowie Sanktionsmechanismen beinhalten, stärker auf den Anteil gewählter Frauen aus als schwächere Regelungen.

Geschlechterquoten und die Größe der Wahlkreise erzielen offenbar eine stärkere Wirkung als kulturelle, sozioökonomische und politische Faktoren, von denen bisher angenommen wurde, dass sie die legislative Repräsentation von Frauen weltweit beeinflussen. In Lateinamerika haben Unterschiede hinsichtlich des Anteils der Frauen an der berufstätigen Bevölkerung sowie historische Faktoren wie die Zeit seit der Einführung des Frauenwahlrechts oder der Demokratisierung wenig bis gar keine Auswirkungen auf die Anzahl von Frauen in nationalen Parlamenten. Allerdings sind die kulturellen und sozioökonomischen Dynamiken innerhalb Lateinamerikas verglichen mit dem Rest der Welt relativ ähnlich.

Frauen als Gesetzgebende

Macht es einen Unterschied für die Gesetzgebung, wenn Frauen in die Parlamente gewählt werden? Wie repräsentieren Frauen? Gibt es Unterschiede zu männlichen Abgeordneten? Die Analyse einiger legislativer Aktivitäten – das Einbringen von Gesetzen, Frauen in Führungspositionen des Parlaments, ihre Mitgliedschaft in Ausschüssen und ihre Wahlkreisarbeit – können zur Beantwortung dieser Fragen herangezogen werden. Ein Vergleich zwischen drei Ländern – Argentinien, Kolumbien und Costa Rica – lässt einige Schlussfolgerungen zu.

Erstens legen weibliche Abgeordnete ihre Prioritäten eher auf die Anliegen von Wählerinnen und von Frauengruppen als männliche Abgeordnete. Sie setzen sich mehr für Frauenrechte ein und handeln in ihrem Namen. Ähnlich wie Frauen in Parlamenten in anderen Regionen der Welt (vgl. Thomas 1994; Carroll 2001; Swers 2002; Childs 2004) legen Frauen in lateinamerikanischen Parlamenten großen Wert auf das Voranbringen einer frauenpo-

Tabelle 1: Gesetze zu Geschlechterquoten in Lateinamerika

Land	Jahr der Einführung	Legislative Kammer, für die die Quote gilt	Zu erreichender Prozentsatz	Mandatsplatzierung	Sanktionsmechanismus
Argentinien	1991	Unter- und Oberhaus	30	Ja	Stark
Bolivien	1997	Unter- und Oberhaus	33/25	Ja	Stark
Brasilien	1997	Unterhaus	25/30	Nein	Schwach
Costa Rica	1996	Einkammersystem	40	Nein/Ja	Keiner/Stark
Dominikanische Republik	1997	Unterhaus	25/33	Nein/Ja	Stark
Ecuador	1997	Einkammersystem	20/30/45	Ja	Stark
Honduras	2000	Einkammersystem	30	Nein	Keiner
Mexiko	2000	Unter- und Oberhaus	30	Ja/Nein	Stark
Panama	1997	Einkammersystem	30	Nein	Schwach
Paraguay	1996	Unter- und Oberhaus	20	Ja	Stark
Peru	1997	Einkammersystem	25/30	Nein	Stark
Uruguay	2008	Unter- und Oberhaus	30	Ja	Stark
Venezuela	1997-1999	Unter- und Oberhaus	30	Nein	Schwach

Quellen: Wahlgesetze; Globale Datenbank für Frauenquoten (<www.quotaproject.org>) sowie Literatur zu Quoten in Lateinamerika; Schwindt-Bayer (2010).

litischen Agenda und setzen dies auch in legislatives Handeln um.

In allen drei Ländern sind es vor allem weibliche Abgeordnete, die Gesetze zu Frauenthemen einbringen, Frauenthemen in Plenardebatten des Parlaments diskutieren (Argentinien und Kolumbien) und in den Ausschüssen sitzen, die Gesetzentwürfe zu Frauenthemen (Argentinien und Costa Rica) beraten. Außerdem werden auch eher Frauen als Männer in Führungspositionen von Ausschüssen zu Frauenthemen gewählt (Argentinien und Costa Rica). Parlamentarierinnen in allen drei Ländern sind darüber hinaus öfter als ihre männlichen Kollegen bei Veranstaltungen von Frauengruppen präsent, verbringen mehr Zeit mit ihren Wählerinnen und befassen sich häufiger mit Rechtsfragen zur Gleichstellung von Frauen. Im Gegensatz zu männlichen Abgeordneten sehen sich die weiblichen Abgeordneten zudem als gesellschaftliche Vorbilder für Frauen und Mädchen. Weibliche Abgeordnete tendieren sowohl in Bezug auf ihre Einstellungen als auch auf ihre Aktivitäten dazu, sich selbst in der Verantwortung zu sehen, Frauen zu vertreten und Frauenthemen in den Gesetzgebungsprozess einzubringen.

Dagegen sind die Frauen in den Parlamenten von Argentinien, Kolumbien und Costa Rica zweitens nicht immer in gleichem Maße wie männliche Abgeordnete in der Lage, nichtfrauenspezifische Belange ihrer Wählerinnen und Wähler zu repräsentieren. Der Ausschluss von Frauen durch das männlich dominierte, legislative Umfeld ist hierfür bedeutsam. Eine Befragung von Abgeordneten in den drei Ländern in den Jahren 2001 bis 2002 zeigt große Ähnlichkeiten bei der Einstellung zu politischen Themen und der eigenen Prioritätensetzung bei weiblichen und männlichen Abgeordneten. Beide legen gleichermaßen viel Wert auf eine breite Verankerung in der Wählerschaft, bei Minderheiten, Armen, weiblichen und männlichen Umweltaktivisten, Geschäftsinhabern, Handwerkern, Fachkräften, Bauern und Fischern. Allerdings sind Parlamentarierinnen viele legislative Aktivitäten (das Einbringen von Gesetzesentwürfen, eine Teilnahme an Ausschüssen, Wahlkreisarbeit, öffentliche Reden und Präsentationen) häufig wichtiger als ihren männlichen Kollegen. Im Gegensatz zu Männern halten sie vermeintlich „weibliche“ Themen für ähnlich wichtig wie traditionell als „männlich“ definierte Themen. Folglich weist die parlamentarische Arbeit in diesen Themenfeldern große Ungleichheiten zwischen weib-

lichen und männlichen Abgeordneten auf. Frauen nehmen sich dieser Themen und der Belange ihrer diesbezüglichen Wählerschaften in einigen, aber nicht all ihren parlamentarischen Aktivitäten an.

Die Intensität ihrer parlamentarischen Arbeit unterscheidet sich außerdem in den untersuchten Ländern. Letztlich lässt sich feststellen, dass Frauen bei der praktischen Umsetzung von nicht explizit frauenpolitischen Anliegen weniger erfolgreich sind als Männer und somit ihre diesbezügliche Wählerschaft mit weniger Erfolg vertreten. Dies liegt vor allem daran, dass sie in den parlamentarischen Institutionen marginalisiert sind.

Drittens führt der Vergleich zwischen Argentinien, Kolumbien und Costa Rica zwei Bereiche legislativer Aktivitäten vor, in denen weibliche Abgeordnete ihre politischen Präferenzen erfolgreich in politische Aktionen übersetzen: Sie bringen sie sowohl in die parlamentarischen Debatten als auch in die Wahlkreisarbeit ein. In allen drei Ländern gaben weibliche und männliche Abgeordnete an, Reden zu weiblichen und männlichen Politikfeldern im Plenum in gleichem Ausmaß zu halten. Unterschiede sahen sie nur in der Häufigkeit ihrer Teilnahme an Plenardebatten (unabhängig vom Thema in Argentinien) und an Ausschussdebatten (unabhängig vom Thema in Costa Rica).

Weibliche wie männliche Abgeordnete leisten zudem annähernd gleiche Wahlkreisarbeit. In allen drei Ländern nehmen sie sich Zeit für ihren Distrikt, sind vor Ort und definieren ihre Parlamentsarbeit ähnlich. Frauen und Männer nehmen gleichermaßen teil an Veranstaltungen in ihren Wahlkreisen, außerdem an Aktivitäten, die von Lobbygruppen – wie etwa Umwelt- und Landwirtschaftsgruppen, von Gewerkschaften oder sonstigen Vereinigungen – organisiert werden. Sie teilen ihrer Wahlkreisarbeit eine ähnliche Anzahl von Stunden zu (außer im kolumbianischen Senat, wo Frauen dies in geringerem Maße als Männer tun) und berichten über eine ähnliche Anzahl von öffentlichen Präsentationen und Reden (außer im kolumbianischen Parlament, wo Frauen sagen, dies mehr als Männer zu tun). Es gibt einige Geschlechterunterschiede hinsichtlich der Häufigkeit von Wahlkreisbesuchen, der Befassung mit spezifischen Wahlkreisbelangen und der Pressearbeit. Allerdings wirken sich diese Unterschiede weder positiv noch negativ für die weiblichen Abgeordneten aus. Es lassen sich zwischen den drei Ländern auch keine eindeutigen Muster identifizieren.

Viertens zeigen andere Bereiche der Parlamentsarbeit eine Marginalisierung von Frauen, die je nach Land variiert. Der Grund für den Ausschluss von Frauen liegt darin, dass die Parlamente in Lateinamerika von Normen geprägt sind, die Männer bevorzugen (Marx 1992; Rodríguez 2003; Franceschet 2005). Diese Normen und Werte sind einer von vielen Faktoren, die die Umsetzung von politischen Präferenzen in Handlungen beeinflussen. Teilweise ist die Marginalisierung von Frauen ein Resultat von offener oder verdeckter Diskriminierung durch Männer, die Frauen für weniger qualifiziert halten, für unfähig, Führungspositionen zu übernehmen, oder die Frauen aus anderen Gründen für ungeeignet halten, den Beruf des Abgeordneten adäquat auszufüllen.

Wenn Frauen nicht in das politische System integriert oder in traditionelle politische Netzwerke eingebunden sind, werden sie von männlichen Abgeordneten und Führungskräften bei der Suche nach Unterstützern oder Unterstützerinnen für ihre Parlamentsarbeit oftmals übergangen (Rodríguez 2003). Wenn sich die männliche Mehrheit auf die Suche nach Kandidaten oder Kandidatinnen für den Parlamentsvorsitz begibt, wird gern innerhalb traditioneller legislativer Netzwerke gesucht, in denen Männer dominieren. Wenn wichtige Ausschussämter besetzt oder wichtige Gesetzesentwürfe eingebracht werden müssen, gehen männliche Abgeordnete auf diejenigen zu, die in ihren informellen legislativen Netzwerken Einfluss haben und finden – Männer. Wenn Männer Unterstützer oder Unterstützerinnen für Gesetzesentwürfe in den Bereichen Wirtschaft und Außenpolitik oder allgemein in der Öffentlichkeit suchen, denken sie zuerst an die Männer, mit denen sie seit Langem zu diesen Themen gearbeitet haben.

Diese Tradition, in der männliche Werte und Normen in lateinamerikanischen Parlamenten eindeutig dominieren, schafft somit ein Umfeld, das zur Marginalisierung von Frauen führt. Obwohl männliche und weibliche Abgeordnete mit ähnlichen Themenschwerpunkten und Arbeitsprioritäten in die lateinamerikanischen Parlamente einziehen, zeigt die Empirie, dass Frauen dennoch in traditionell eher „weibliche Bereiche“ parlamentarischer Arbeit und in Aktivitäten mit weniger politischer Macht abgedrängt werden und Männer ihren Einfluss behalten.

Die Ausgrenzung von Frauen ist in Argentinien am offensichtlichsten. Obwohl sie ähnliche politische Präferenzen wie Männer haben, bringen sich

weibliche Abgeordnete in Argentinien eher in traditionell weiblichen Bereichen ein, besonders bei Gesetzesentwürfen zu Bildung sowie weniger auffällig zu Gesundheit. Dagegen bringen sie seltener Gesetzesentwürfe in traditionell männliche Domänen ein, z.B. zu wirtschaftlichen oder steuerlichen Angelegenheiten. Sie wirken vorrangig in traditionell geschlechtsspezifischen Ausschüssen und beziehen dort Führungspositionen. Frauen sind bevorzugt Mitglieder in Bildungs- und Gesundheitsausschüssen, seltener dagegen in Wirtschafts-, Haushalts-, Landwirtschafts- und Außenausschüssen. Noch nie war eine Frau Vorsitzende eines Ausschusses, der zu Themen wie Haushalt, Wirtschaft oder Außenpolitik arbeitet. Auch gab es in lateinamerikanischen Demokratien bisher keine Parlamentspräsidentin und seit 1983 waren nur vier Frauen Vizepräsidentin des Parlaments bzw. des Senats.

Die Marginalisierung ist weniger offensichtlich in Costa Rica, wo weibliche Abgeordnete mehr Erfolg damit hatten, ihre Prioritäten hinsichtlich nichtfrauenspezifischer Themen in Gesetzesentwürfe umzusetzen. Allerdings hatten sie Schwierigkeiten, in unterschiedlichen Ausschüssen und im Parlamentsvorsitz gleichwertig repräsentiert zu sein. Besonders auffällig ist, dass Frauen in Costa Rica eher in Ausschüssen für soziale Belange saßen als im Haushaltsausschuss. Obwohl Frauen als Vizepräsidentinnen sowie Geschäftsführerinnen verschiedener Ausschüsse amtierten, findet man sie seltener im Vorstand von Ausschüssen, die Männern vorbehalten sind, insbesondere im sehr mächtigen Haushaltsausschuss, in welchem noch keine Frau je den Vorsitz hatte. Frauen wurden zwar in den Parlamentsvorstand als Geschäftsführerinnen und als Vizepräsidentinnen gewählt, aber zwischen 1974 und 2006 gab es lediglich zwei Präsidentinnen.

Am geringsten, wenngleich vorhanden, ist diese Art des Ausschlusses in Kolumbien, wo weibliche Abgeordnete relativ erfolgreich waren, unterschiedliche politische Anliegen und Gruppierungen zu vertreten, wenn auch weniger im Senat als im Repräsentantenhaus. Die einzigen Geschlechterunterschiede mit Blick auf das Einbringen von Gesetzesentwürfen finden sich im kolumbianischen Senat, wo Senatorinnen öfter als Senatoren Gesetzesentwürfe zu Gesundheit, aber seltener zu Landwirtschaft und Außenpolitik einbringen. Generell haben die weiblichen Abgeordneten in beiden Kammern eine proportionale Repräsen-

tation sowohl in Ausschüssen zu Frauen- als auch Männerdomänen erreicht. Allerdings fehlt ihnen noch der Zugang zu Führungspositionen in den Ausschüssen. Nicht eine einzige Frau erreichte bis heute den Vorsitz eines Wirtschafts-, Haushalts- oder Außenausschusses im Parlament. Im Senat gab es die einzige weibliche Vorsitzende im Sozialausschuss. Auch bei der Repräsentation von Frauen im Vorstand beider Kammern hat Kolumbien noch etwas aufzuholen. Zwischen 1974 und 2006 waren nur zwei Frauen im Repräsentantenhaus und lediglich eine im Senat Präsidentin.

Obwohl es aufgrund der geringen Fallzahl unmöglich ist, eindeutige Erklärungen für die unterschiedlich starke Marginalisierung von Frauen in den drei Ländern zu finden, wären als mögliche Gründe hierfür der Anteil der Frauen, Geschlechterquoten und die stark personenorientierte Art der Wahlgesetze anzuführen. Wo der Frauenanteil groß ist, wie in Argentinien und Costa Rica, haben männliche Eliten einen größeren Anreiz, Frauen auszuschließen, weil diese eine Bedrohung für ihre politische Vorherrschaft darstellen könnten. Wenn es Geschlechterquoten gibt, wie in Argentinien und Costa Rica, fühlen sich Frauen mitunter ausgeschlossen, weil die männlichen Abgeordneten sie als „Quotenfrauen“ sehen, die die Wählerschaft nicht kompetent oder nicht ausreichend repräsentieren. Andererseits kann die Personalisierung der Wahlgesetze wie in Kolumbien zu einer Verringerung der Marginalisierung beitragen, weil die Parteivorsitzenden wenig Kontrolle über die Abgeordneten haben und demnach weniger Möglichkeiten, Mandatsträgerinnen auszuschließen. Unabhängig von den spezifischen Gründen wird in den drei Ländern deutlich, dass die substanzielle Repräsentation von Frauen in Lateinamerika geringer ist als die der Männer, und je nach Staat auch sehr variiert.

Weibliche Abgeordnete und die Einstellung zur Demokratie

Die wachsende Zahl von Mandatsträgerinnen in lateinamerikanischen Parlamenten könnte für die jeweiligen Gesellschaften insgesamt mehrere symbolische Konsequenzen haben. Eine mögliche Auswirkung gilt für die politische Sozialisation in einer Gesellschaft – wenn sich insbesondere Frauen durch ihre Regierungen besser repräsentiert sehen und dadurch eine positivere Einstellung zu Demo-

kratie und demokratischen Institutionen entwickeln. Auf der Basis von Daten des Latin American Public Opinion Project (LAPOP) lässt sich das überprüfen. 2006 analysierte das Americas Barometer in 14 lateinamerikanischen Demokratien den Einfluss des prozentualen Anteils von Frauen in Parlamenten auf die Einstellung der Bürger gegenüber ihrer Regierung. Obwohl die generelle Zufriedenheit der Menschen mit der Demokratie und ihr Vertrauen in die Legislative und die Regierung mit der Zeit nahezu Rekordtiefen erreicht hatten, zeigte die genderspezifische Analyse, dass die Repräsentation von Frauen den Blick der Bürgerinnen und Bürger auf Demokratie auch beeinflusst. Besonders in Ländern mit eher proportionalen Wahlgesetzen und einem höheren Frauenanteil in den Parlamenten sind die Menschen zufriedener mit der Demokratie. Sie nehmen weniger Korruption wahr und vertrauen Legislative und Regierung mehr als in Ländern mit weniger formaler, deskriptiver und substanzieller Repräsentation von Frauen in der Politik. Diese Ergebnisse sind ähnlich für Frauen und Männer, was darauf schließen lässt, dass Bürgerinnen und Bürger es nicht nur positiv sehen, wenn Frauen in die Politik integriert werden, sondern generell, wenn Regierungen für mehr Diversität, Repräsentativität und Inklusivität stehen.

Die Ergebnisse haben wichtige Konsequenzen: Ein großer Teil der Forschung zu Gender und Politik argumentiert, dass die notwendige Inklusion von Frauen zu einer verbesserten Qualität der repräsentativen Demokratie führt. Schließlich ist Demokratie die „Herrschaft des Volkes“, und da die Hälfte der weltweiten Bevölkerung weiblich ist, ist die Repräsentation von Frauen unerlässlich (Phillips 1995; Williams 1998; Young 2000). Gerade die empirischen Ergebnisse aus Lateinamerika unterstützen diese Perspektive. Proportionales Wahlrecht, die Wahl von Frauen und das Durchsetzen frauenpolitischer Belange beeinflussen den Blick der Bürgerinnen und Bürger auf ihre Regierung und verbessern ihre Einschätzung der repräsentativen Demokratie. Frauen in nationale Parlamente zu wählen, ist nicht nur gut für die repräsentative Demokratie, weil deskriptive Repräsentation impliziert, dass die Hälfte der Bevölkerung in den Legislativen vertreten sein *sollte*. Die Wahl von Frauen führt darüber hinaus dazu, dass die weibliche Wählerschaft und frauenpolitische Themen stärker vertreten werden und die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie verbessert wird.

Mehr Präsenz, aber wenig Macht

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Frauen in Lateinamerika durchaus in der Politik immer mehr Präsenz gewinnen, aber über wenig reale politische Macht verfügen. Dank Geschlechterquoten haben sie innerhalb sehr kurzer Zeit mehr Mandate erlangt. Es herrschen aber noch große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, wenn es auch in allen Demokratien zumindest einen geringen Anstieg der Anzahl weiblicher Abgeordneter gegeben hat und viele den Frauenanteil in ihren Parlamenten substanziell verbessert haben. Innerhalb lateinamerikanischer Parlamente arbeiten Frauen daran, Frauen und frauenpolitische Themen zu vertreten, und setzen sich für diese in ihrer parlamentarischen Arbeit ein. Sie bringen Gesetzesentwürfe zu Frauenthemen ein, sprechen für frauenpolitische Anliegen in Plenardebatten, sind Mitglieder und Vorsitzende von Ausschüssen zu frauenpolitischen Belangen und widmen einen Teil ihrer Wahlkreisarbeit speziell den Wählerinnen und Frauenthemen. Dennoch ist die parlamentarische Arbeit von weiblichen Abgeordneten in vielen Ländern vorrangig auf frauenspezifische Themen begrenzt. Darüber hinaus werden sie in einigen Ländern darauf beschränkt, Gesetzesentwürfe zu Frauenthemen statt zu Belangen der Männerdomäne einzubringen und Mitglied in Ausschüssen für als traditionell weiblich wahrgenommene Themen zu sein. Hingegen sitzen sie nicht in thematisch unterschiedlichen Ausschüssen oder Komitees – und das trotz ähnlicher Prioritäten von Männern und Frauen. Diese Marginalisierung von Frauen lässt sich in Argentinien stärker nachweisen, wo formale Institutionen dies höchstwahrscheinlich fördern.

Insofern gewinnen viele Frauen Mandate in Parlamenten, und auch Präsidentinnen setzen sich für Frauen ein und beeinflussen die repräsentative Demokratie. Allerdings wird Frauen nicht immer die Möglichkeit gegeben, die gesamte Wählerschaft zu vertreten. Die Repräsentation von Frauen in Lateinamerika ist daher trotz dieser Fortschritte bislang nicht vollständig erreicht.

Literatur

Carroll, Susan J. (Hrsg.) (2001), *The Impact of Women in Public Office*, Bloomington: Indiana University Press.

- Childs, Sarah (2008), *Women and British Party Politics: Descriptive, Substantive, and Symbolic Representation*, London: Routledge.
- Escobar-Lemmon, Maria C., und Michelle M. Taylor-Robinson (2005), Women Ministers in Latin American Government: When, Where, and Why?, in: *American Journal of Political Science*, 49, 4, 829-844.
- Franceschet, Susan (2005), *Women and Politics in Chile*, Boulder: Lynne Rienner.
- Htun, Mala (2000), Women's Leadership in Latin America: Trends and Challenges, in: *Politics Matters: A Dialogue of Women Political Leaders*, Washington, D.C.: Inter-American Development Bank, Inter-American Dialogue, and International Center for Research on Women, 13-26.
- Inter-Parliamentary Union (IPU) (2011), *Women in National Parliaments, as of June 30, 2011*, online: <www.ipu.org> (15. August 2011).
- Inter-Parliamentary Union (IPU) (1995), *Women in Parliaments, 1945-1995: A World Statistical Survey, Reports and Documents*, 23, Geneva: Inter-Parliamentary Union.
- Jones, Mark P. (2009), Gender Quotas, Electoral Laws, and the Election of Women: Evidence from the Latin American Vanguard, in: *Comparative Political Studies*, 42, 1, 56-81.
- Marx, Jutta (1992), *Mujeres y Partidos Políticos*, Buenos Aires: Editorial Legasa.
- Phillips, Anne (1995), *The Politics of Presence*, Oxford: Clarendon Press.
- Rodríguez, Victoria E. (2003), *Women in Contemporary Mexican Politics*, Austin: University of Texas Press.
- Schwindt-Bayer, Leslie A. (2010), *Political Power and Women's Representation in Latin America*, New York: Oxford University Press.
- Swers, Michele L. (2002), *The Difference Women Make: the Policy Impact of Women in Congress*, Chicago: University of Chicago Press.
- Thomas, Sue (1994), *How Women Legislate*, New York: Oxford University Press.
- UNDP (2008), *Human Development Report, 2007-2008*, New York: United Nations Development Program.
- Williams, Melissa S. (1998), *Voice, Trust, and Memory: Marginalized Groups and the Failings of Liberal Representation*, Princeton: Princeton University Press.
- Young, Iris Marion (2000), *Inclusion and Democracy*, New York: Oxford University Press.

■ Die Autorin

Leslie A. Schwindt-Bayer ist Associate Professor am Department of Political Science der University of Missouri. Sie arbeitet zu Vergleichen politischer Institutionen und Parlamente, zu Fragen der politischen Repräsentation und der Rolle von Frauen in Lateinamerika. Im Mai 2012 wird sie an der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerikaforschung zum Thema „Espacios de Género“ (Geschlechter[frei]räume) in Berlin teilnehmen.

E-Mail: schwindt@missouri.edu

Für die Übersetzung aus dem Englischen ist Franza Drechsel, Studentin der Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Geschlechterforschung und studentische Hilfskraft im GIGA Berlin-Büro, zu danken.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Fragen der Repräsentation und Partizipation in den politischen Systemen werden im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ bearbeitet. Zentrale Aspekte stellen hierbei die Bedingungen der Legitimation verschiedener Regime sowie ihre Leistungsfähigkeit dar.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Barrera, Anna (2011), *Turning Legal Pluralism into State-Sanctioned Law: Assessing the Implications of the New Constitutions and Laws in Bolivia and Ecuador*, GIGA Working Papers, 176, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

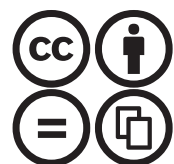
Barrera, Anna, und Miriam Lang (2009), *Mujeres Indígenas y Justicia Ancestral*, Quito: UNIFEM-Región Andina.

Lay, Jan, und Jennifer Golan (2009), More coffee, more cigarettes? Coffee Market Liberalization, Gender, and Bargaining in Uganda, in: R. E. de Hoyos und M. Bussolo (Hrsg.), *Gender Aspects of the Trade and Poverty Nexus: A Macro-Micro Approach*, Washington, D.C.: World Bank Publications, 185-216.

Llanos, Mariana, und Leiv Mainstentredet (Hrsg.) (2010), *Presidential Breakdowns in Latin America: Causes and Outcomes of Executive Instability in Developing Democracies*, New York: Palgrave.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere die korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Sabine Kurtenbach; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM